

# Europäische Verteidigungsintegration und die Atomwaffenfrage

URSULA JASPER / CLARA PORTELA

## Einleitung

Die Nichtverbreitung von Atomwaffen ist in den vergangenen Jahren zu einem der zentralen Betätigungsfelder für die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik geworden: Die Entstehung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in den frühen 1990er Jahren ermöglichte es den europäischen Staaten erstmals, auch außerhalb des transatlantischen Rahmens gemeinsame Nicht-Proliferationsmaßnahmen umzusetzen. Vorläufige Höhepunkte dieser gemeinsamen Sicherheitspolitik waren die 2003 verabschiedete EU-Strategie gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie die Verhandlungen der EU-3 mit dem Iran über dessen Programm zur Urananreicherung. Ein zentrales Problem wird unterdessen jedoch weiterhin ignoriert: die Frage nach der Zukunft der »europäischen« Atomwaffen. Doch spätestens seit US-Präsident Obama 2009 die Vision einer atomwaffenfreien Welt zum Ziel seiner Außen- und Sicherheitspolitik erklärt hat, müssen sich auch die europäischen Staaten ihrer Verantwortung stellen. Bislang werden sie diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Der vorliegende Artikel analysiert die Hintergründe der passiven Haltung und den Konflikt, der sich aus dem Voranschreiten der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einerseits und dem Fortbestand der nationalen nuklearen Abschreckung in Großbritannien und Frankreich andererseits ergibt. In welche Richtung wird sich die Position der führenden europäischen Staaten in der Atomwaffenfrage in Zukunft entwickeln? Führt die europäische sicherheitspolitische Integration zur Schaffung einer gemeinsamen atomaren Abschreckung oder gelingt es Europa, zu einem glaubwürdigen, selbstkritischen Advokaten der atomaren Abrüstung zu werden?

## Europa und die Atomwaffen

Die Frage nach der Zukunft der atomaren Bewaffnung Europas ist nicht neu: bereits während des Kalten Krieges hat sie zu ganz unterschiedlichen Standpunkten unter den europäischen Staaten geführt. Die durch das kollektive Verteidigungsbündnis der NATO geschützten Staaten akzeptierten die Politik der nuklearen Abschreckung. Einige der NATO-Mitglieder – etwa Deutschland oder Belgien – erlaubten auch die Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf ihrem Gebiet, obwohl sie selbst keine Atommächte waren. Neutrale Staaten wie Schweden lehnten die Prinzipien der nuklearen Abschreckung hingegen jahrzehntelang ab. Diese politisch-militärischen Differenzen spiegeln sich auch heute noch wider: Mit Großbritannien und Frankreich verfügen gegenwärtig zwei der 27 EU-Mitglieder über eigene Atomwaffen. Während beide Staaten nicht bereit sind, auf diese Waffen in naher Zukunft zu verzichten, fordern Abrüstungsbefürworter wie Schweden und Finnland vehement deutliche Schritte, die Zahl der Atomwaffen zu reduzieren. Und auch die schwarzgelbe Koalition hat die Forderung nach nuklearer Abrüstung frühzeitig zu einem Kernthema ihrer Außen- und Sicherheitspolitik gemacht, vermeidet es aber bislang, eine Verpflichtung der europäischen Staaten zu thematisieren (Westerwelle 2011).

Die divergenten Positionen in der aktuellen Abrüstungsfrage sind das Resultat der unterschiedlichen »atomaren Geschichte(n)« der jeweiligen Akteure. So waren für das Entstehen der atomaren Bewaffnung in Frankreich zwei Motive von zentraler Bedeutung: die Sorge um die Sicherheit des Landes ebenso wie der Versuch, nationale Macht zu konservieren. Die französische Nukleardoktrin rechtfertigt den Besitz der Atomwaffen denn auch als ein Mittel zur »Abschreckung des Starken durch den Schwachen« (*dissuasion du faible au fort*) und beschreibt die Waffen als probates und legitimes Mittel, einem militärisch überlegenen Gegner inakzeptable Schäden zuzufügen. Gleichzeitig jedoch hatten die Waffen auch eine politisch-symbolische Funktion: als ein Symbol der Modernität, Stärke und nationalen Größe boten sie eine Projektionsfläche, um das Trauma des 2. Weltkriegs zu verarbeiten. Nach dem Ende des Kalten Krieges und einer Reihe von Abrüstungsschritten verfügt Frankreich heute noch über rund 300 Sprengköpfe. Aussagekräftiger als die Reduktion des Arsenal in den vergangenen Jahren ist jedoch die Veränderung der Atomwaffen-Doktrin: Während der Einsatz der Waffen in früheren Jahren allein denkbar war, wenn die »vitalen Interessen« des

Landes bedroht waren, so ist diese Schwelle heute deutlich geringer. In einer Rede im Jahr 2006 forderte der damalige Präsident Jacques Chirac die Ausarbeitung einer neuen Strategie, welche den Einsatz von Atomwaffen auch gegen Terroristen sowie in nicht-existenziellen Krisen ermöglichen sollte – etwa um »strategische Vorräte zu sichern« (Chirac 2006). Das 2008 erschienene Verteidigungs-Weißbuch definiert Atomwaffen als »essenzielles Konzept der nationalen Sicherheit« (Le Livre Blanc 2008: 315). Und Präsident Sarkozy hat ihre fundamentale Bedeutung für die französische Sicherheit unterstrichen:

»Unsere atomare Abschreckung schützt uns vor Angriffen staatlichen Ursprungs auf unsere vitalen Interessen – unabhängig davon, woher sie kommen und in welcher Form sie erfolgen. Zu unseren vitalen Interessen gehören natürlich die Elemente, die unsere Identität und unsere Existenz als Nationalstaat ausmachen, sowie die freie Ausübung unserer Souveränität« (Sarkozy 2008).

Anders als das französische Arsenal sind die britischen Atomwaffen seit den 1960er Jahren in die militärischen Strukturen der NATO integriert worden. Das stark von der technologischen Expertise der USA abhängige britische Nuklearwaffen-Programm sollte im Falle der nuklearen Kriegsführung ein »zweites, unabhängiges Entscheidungszentrum« zusätzlich zum amerikanischen Arsenal darstellen. Heute verfügt Großbritannien über weniger als 200 Atomsprengeköpfe. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist das Arsenal damit um ca. 30 Prozent reduziert worden.

Die britische Strategie für den Einsatz der Waffen bleibt weiterhin ambivalent: Einerseits wurde in den vergangenen Jahren mehrfach wiederholt, dass sich das Land letztlich der atomaren Abrüstung verpflichtet sieht; andererseits bleibt Großbritannien der Idee einer minimalen nuklearen Abschreckung verhaftet. Während sowohl die Regierung unter Tony Blair als auch unter seinem Nachfolger Gordon Brown mit der Modernisierung der Trident-Systeme voranschritt, befürworteten hochrangige Regierungsbeamte – darunter die damalige Außenministerin Margaret Beckett (Beckett 2007), ihr Nachfolger David Miliband (Foreign and Commonwealth Office 2009) oder der frühere Verteidigungsminister Des Browne (Browne 2008) – wiederholt das Ziel der atomaren Abrüstung. Ähnlich äußerte sich auch Ex-Premierminister Gordon Brown, als er zwar voraussagte, dass Großbritannien im Jahr 2010 »an der Spitze der internationalen Kampagne zur Abrüstung« stehen wolle, gleichzeitig aber darauf beharrte, dass der Fortbestand der Atomstreitkräfte »nicht verhandelbar« sei (vgl. BBC News

2009). »Weil die Bedrohung des Kalten Krieges ersetzt wurde durch ein vielfältiges, aber zusammenhängendes Gefüge von Bedrohungen und Risiken, welche (...) das Potenzial haben, die internationale Sicherheit zu untergraben«, sei eine unabhängige atomare Abschreckung weiterhin notwendig. »Fundamentale Prinzipien im Zusammenhang mit der nuklearen Abschreckung haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges nicht verändert und werden sich wahrscheinlich auch in der Zukunft nicht verändern«, hatte das britische Verteidigungsministerium bereits 2006 in einer Analyse erklärt und damit für eine Aufrechterhaltung der atomaren Abschreckung plädiert (MoD 2006). Mit diesem Verweis auf die internationale Sicherheit wird die Atomwaffenfrage zudem aus dem Kontext rein nationalstaatlicher Überlegungen herausgelöst; stattdessen wird der Fortbestand des Arsenal mit dem Verweis auf die Erhaltung der internationalen Sicherheit legitimiert. Die Existenz von Atomwaffen in den Händen einer »verantwortungsbewussten« Großmacht wird als notwendig bezeichnet, um *internationalen* Frieden und Stabilität aufrechtzuerhalten. Dieses Selbstverständnis stellt die größte Hürde auf dem Weg zur Abrüstung der britischen Atomwaffen dar.

## Zunehmende Übereinstimmung

In den vergangenen zwei Jahrzehnten konnten Beobachter der Militärpolitik Frankreichs und Großbritanniens eine zunehmende Angleichung der Nukleardoktrinen beider Länder feststellen. Bereits 1995 unterstrichen gemeinsame Statements »eine beachtliche Konvergenz (...) der atomaren Doktrin und Policy« (...) »Wir sehen keine Situationen heraufziehen, in denen die vitalen Interessen entweder Frankreichs oder Großbritanniens bedroht sind, ohne dass auch die vitalen Interessen des jeweils anderen bedroht sind« (British-French Joint Statement 1995). Ihren Höhepunkt erreichte die militärisch-sicherheitspolitische Zusammenarbeit der beiden Länder im November 2010, als Präsident Sarkozy und Premierminister Cameron ein weitreichendes Militärabkommen unterzeichneten, das eine intensiviertere Kooperation in Nuklearwaffenangelegenheiten vorsieht – nicht zuletzt, um Kosten zu sparen (Declaration on Defence and Security Co-Operation 2010). Beide Regierungen sprechen sich darin auch explizit für den Erhalt der atomaren Streitkräfte aus:

»As long as nuclear weapons exist, NATO will remain a nuclear alliance. British and French independent strategic nuclear forces, which

have a deterrent value of their own, contribute to overall deterrence and therefore to Allies' security. These national minimum nuclear deterrents are necessary to deter threats to our vital interests.«

Solange Atomwaffen existieren, können demnach auch die atomar ausgerüsteten NATO-Mitgliedstaaten nicht auf nukleare Abschreckung verzichten.

Auch der öffentliche Diskurs hat sich zunehmend angeglichen und wird heute in beiden Ländern von einem Thema dominiert: Wie können die fünf offiziellen Atomkräfte als selbsternannte »Hüter des Rechts« verhindern, dass Staaten wie Nordkorea oder Iran oder nicht-staatliche Akteure ihre nuklearen Ambitionen verwirklichen? Zugrunde liegt diesem Diskurs ein Narrativ, welches die »Welt da draußen« als von Natur aus unsicher porträtiert und als eine Gefahr für das »gute« Europa darstellt. Auf diese Weise wird gerechtfertigt, dass einige »wohlwollende« oder »verantwortungsbewusste« Staaten über Atomwaffen verfügen, andere – mutmaßlich verantwortungslose, irrationale – Länder jedoch nicht. Das Interesse der Atomwaffenstaaten an der Erhaltung ihres nuklearen Monopols wird zu einem Interesse der gesamten friedliebenden Menschheit »um-deklariert« (Gusterson 1999: 132). Indem die heutige atomare Ordnung stilisiert wird als ein Gegensatz zwischen dem nur passiv abschreckenden, wohlwollenden Selbst und dem bösen, unberechenbaren Anderen, wird der Fortbestand dieses Systems auf lange Sicht legitimiert, ohne den eigenen Besitz von Atomwaffen kritisch hinterfragen zu müssen. Es stellt sich vor diesem Hintergrund jedoch nicht nur die Frage, was das Festhalten an der atomaren Abschreckung für die globale nukleare Ordnung bedeutet, sondern auch, was es für den Verlauf der europäischen Integration und mit Blick auf das langfristige Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu bedeuten hat.

## Die europäische Ebene

50 Jahre europäische Integration haben zu einem nie dagewesenen Grad der Kooperation und Verflechtung geführt – nicht zuletzt auch in jenen Politikbereichen wie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die ehemals zu den Herzstücken nationaler Souveränität gehörten. Der Vertrag von Lissabon erlaubt die »ständige strukturierte Zusammenarbeit«, wodurch Gruppen von Mitgliedstaaten im militärischen Bereich enger kooperieren können. Zudem ebnet der Vertrag den Weg

hin zu einer integrierten Sicherheitspolitik, indem eine gemeinsame Verteidigungsverpflichtung festgeschrieben wurde (Art 24.1). Die wesentlichste Neuerung ist aber wohl, dass der Vertrag die Möglichkeit vorsieht, eine gemeinsame Verteidigungspolitik allein auf der Basis einer einstimmigen Ratsentscheidung – also ohne Vertragsrevision – zu etablieren (Art. 42.2).

Auch im Bereich der Nichtverbreitungspolitik ist die voranschreitende Integration und Vereinheitlichung der mitgliedstaatlichen Positionen erkennbar; die EU hat sich auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren zu einer aktiven Institution entwickelt und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu einem der zentralen Bestandteile ihres Außenhandelns gemacht. So wurde etwa eine »Nichtverbreitungsklausel« in bilaterale Abkommen zwischen der EU und anderen Ländern aufgenommen, in der sich der Partner zur Einhaltung der Nichtverbreitungsziele verpflichtet. Ferner sind die EU-Mitgliedstaaten bemüht, ihre einheitliche Position in internationalen Foren durch die Verabschiedung sogenannter Gemeinsamer Positionen zu unterstreichen (vgl. Council Decision 2010). Auch hat die Rede der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton am Eröffnungstag der NPT-Überprüfungskonferenz 2010 gezeigt, dass das Thema Nichtverbreitung weit oben auf der europäischen Agenda steht. Bedenkt man, dass die EU-»Strategie gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen« aus dem Jahr 2003 zunächst vor allem darauf ausgelegt war, den transatlantischen Bruch und die innereuropäischen Differenzen über die amerikanisch geführte Irak-Intervention zu kurieren, dann kann man dieses neugefundene gemeinsame Interesse an Nichtverbreitung also durchaus als einen Fortschritt bezeichnen.

Die »gemeinsame« europäische Haltung in Nichtverbreitungsfragen ist jedoch nicht nur schwer erkämpft – sie kommt auch zu einem hohen Preis: Da die Nicht-Proliferationspolitik der EU auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Mitgliedstaaten und ihrer höchst unterschiedlichen Positionen basiert, wird die Frage nach den »europäischen Atomwaffen« und nach der europäischen Abrüstungsverpflichtung in diesem Prozess regelmäßig ausgeklammert. Auf diese Weise offenbart die EU-Politik eine zentrale Fehlleistung: Wenn Europa von Abrüstung und Nichtverbreitung spricht, geht es allein um die Durchsetzung der Abrüstung »anderer«. Die eigene Leistungsbilanz bei der Abrüstung von Atomwaffen wird nicht hinterfragt. So konnte sich die EU bei der Überprüfungskonferenz 2010 weder zu einem greifbaren gemeinsamen Bekenntnis zur globalen

nuklearen Abrüstung noch zu einer gemeinsamen Forderung nach dem Abbau von atomaren Kurzstreckenwaffen durchringen.

In dieses Bild passt auch, dass die Rüstungskontroll-Aktivitäten der Union selten unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirksamkeit evaluiert werden, sondern primär als ein Vehikel zur Selbst-Repräsentation und zur Verkörperung europäischer Einigkeit zu dienen scheinen. So erklärte etwa Annalisa Giannella, die WMD-Beauftragte des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die EU werde heute innerhalb der UNO als einer der wesentlichen Unterstützer des multilateralen Vertragssystems gesehen (Giannella 2008a). In ähnlicher Weise äußerte sie sich auch über das Mandat, das der damalige Hohe Beauftragte, Javier Solana, von den USA, Russland und China für die Verhandlungen mit dem Iran erhalten habe: Dies sei »eine Anerkennung für die wachsende Rolle der EU« auf dem internationalen Parkett (Giannella 2008b). Gemein ist diesen Beurteilungen, dass sie vor allem die Sichtbarkeit und Koordinationsleitung der EU hervorheben, nicht aber die Wirkung dieser Policies hinterfragen.

Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre zeichnet sich jedoch ab, dass der Besitz von Atomwaffen durch zwei der europäischen Staaten nicht nur ein Problem für das globale Nichtverbreitungsregime darstellt, sondern auch zu einer Herausforderung für den europäischen Integrationsprozess zu werden droht. Es ist nach wie vor völlig unklar, welche Funktion die Nuklearwaffenarsenale Frankreichs und Großbritanniens in Zukunft haben sollen und ob und wie sie in die europäische Sicherheitsarchitektur integriert werden sollen.

## **Eine gemeinsame europäische Abschreckung: Die Debatte seit den 1990er Jahren**

Bereits kurz nach dem Ende des Kalten Krieges waren erste Stimmen laut geworden, die für eine Integration der europäischen Atomwaffenarsenale plädierten. Nachdem die USA einen Großteil ihrer Waffen von den europäischen Basen abgezogen hatten, reduzierten auch die europäischen Atomkräfte ihre Arsenale. Die Aufrechterhaltung der atomaren Abschreckung bedurfte angesichts des schwindenden Feindbildes einer neuen Rechtfertigung.

Vor dem Hintergrund dieses Rechtfertigungszwangs ist Frankreichs Vorschlag aus dem Jahre 1992 zu verstehen, seine Atomwaffen

zu »europäisieren«.<sup>1</sup> Während die britischen Streitkräfte innerhalb des NATO-Rahmens immer in einen größeren strategischen Kontext eingebunden waren, hatte das französische Festhalten an einer unabhängigen Nuklearstreitmacht ihre Plausibilität verloren. Präsident Mitterand erklärte deshalb zur Überraschung der Beobachter, dass die »Frage der Vereinbarkeit zwischen den französischen Atomwaffen und der europäischen Verteidigung angesprochen werden müsste« (zitiert in Boniface 1996: 102), und dass »die Formulierung einer gemeinsamen europäischen Nukleardoktrin schnell eine der zentralen Fragen für die Konstruktion der gemeinsamen europäischen Verteidigung« (zitiert in Tertrais 1999: 56) werden würde. Die Doktrin wurde mit dem Ausdruck *dissuasion concertée* – »konzertierte Abschreckung« – bezeichnet. Nach den französischen Atomtests 1995 wurde das Konzept von Jacques Chirac und Alain Juppé wieder ins Spiel gebracht. Doch vor dem Hintergrund der internationalen Verurteilung der Tests wurde der Vorschlag von den europäischen Nachbarn entschieden zurückgewiesen, da diese hinter der Idee vor allem den Versuch vermuteten, die Atomtests nachträglich zu legitimieren.

Frankreich zufolge zielt die *dissuasion concertée* jedoch lediglich darauf ab, den Geltungsbereich der französischen Abschreckung auf andere Staaten auszudehnen. Der Vorschlag aus dem Jahr 1995 sah nicht notwendigerweise vor, die gesamte EU in das Arrangement mit einzubeziehen. Frankreich wolle weder unilateral seinen Abschreckungsschirm ausdehnen noch den Partnern ein fertiges Abkommen vorschlagen, sondern strebe, so Chirac, einen graduellen Prozess an, der all denen offenstehe, die sich beteiligen wollen. Es war demnach beabsichtigt, Schritt für Schritt weitere Staaten in den bereits bestehenden französisch-britischen Konsultationsprozess zu nuklearen Fragen einzubeziehen – allen voran Deutschland. Premierminister Juppé sekundierte: Da Deutschland keine Absicht habe, selbst Atomwaffen zu erlangen, sei es umso wichtiger, Deutschlands Sicherheit gegen die atomare Bedrohung zu gewährleisten (vgl. Butler et al. 1997). Die Notwendigkeit der Etablierung einer gemeinsamen Abschreckung wurde letztlich einerseits begründet mit dem Verweis auf die herrschende »De-facto-Sicherheitsinterdependenz«, welche die EU-Staaten miteinander verbinde; und

---

1. Dabei handelte es sich nicht um die erste französische Initiative dieser Art; bereits nach dem Ausscheiden aus der integrierten militärischen Struktur der NATO hatte Frankreich versucht, die Rolle seiner Atomwaffen zu internationalisieren.

andererseits mit dem eingeschlagenen Weg der europäischen Integration, die letztlich auf die Schaffung eines »strategisch autonomen« Akteurs abziele. Ohne eine gemeinsame Abschreckung bleibe die Integration unvollständig. Die gemeinsame Abschreckung ergebe sich geradezu aus der europäischen Schicksalsgemeinschaft und der »wachsenden Verflechtung vitaler Interessen«, so Chirac (Chirac 1996).

Die Idee der gemeinsamen europäischen Abschreckung stieß jedoch auf vielfachen Widerstand: Für die europäischen Verfechter der atomaren Abrüstung – ob Schweden, Finnland oder Irland – stand die Zustimmung völlig außer Frage. Die europäischen NATO-Mitglieder sahen in einer gemeinsamen Abschreckung hingegen vor allem die Gefahr, das transatlantische Bündnis zu schwächen. Für sie war der Fortbestand der nuklearen Teilhabe Ausdruck einer auch weiterhin gültigen Verbundenheit der USA mit Europa, die man nicht gefährden wollte. So machte Großbritannien unverzüglich deutlich, dass man die Umsetzung des französischen Vorschlags ohnehin nur innerhalb des transatlantischen Kontexts bedenken würde. Und die europäischen Kleinstaaten fürchteten die Entstehung eines Kerneuropas auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik.

Aber auch aus völkerrechtlicher Perspektive wurde Kritik am französischen Vorstoß laut. So merkten Kritiker an, dass die Bildung einer gemeinsamen europäischen Abschreckung den Geist des Nichtverbreitungsvertrags untergraben würde und als ein vertragswidriger Schritt der »internen Proliferation« gewertet werden müsse (vgl. Butler et al. 1997; Müller 1996). Darüber hinaus wurde angezweifelt, ob die GASP gut genug etabliert sei, um das Konzept der nuklearen Abschreckung »zu schultern« (Tertrais 1999).

Doch die Frage nach der Zukunft der europäischen Atomwaffen war damit nicht ein für alle Mal erledigt, sondern wurde 2008 erneut aufgeworfen, diesmal von Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy (Sarkozy 2008). Er schlug vor, diejenigen europäischen Partner, die Interesse daran hätten, in einen offenen Dialog über die Rolle der nuklearen Abschreckung und ihres Beitrags zur gemeinsamen europäischen Sicherheit einzubeziehen. Ohnehin sei die gemeinsame Abschreckung schon längst Realität:

»Was Europa angeht, so ist es eine Tatsache, dass die französischen Atomstreitkräfte allein durch ihre Existenz ein Schlüsselfaktor für die europäische Sicherheit sind.«

Sarkozy stellte damit einen direkten Zusammenhang zwischen der nuklearen Sicherheit der europäischen Partner und dem Prozess der

europäischen Integration her, indem er betonte, dass Frankreichs Engagement für die Sicherheit der europäischen Nachbarn ein Beleg der immer enger werdenden Gemeinschaft sei. Zudem verwob er in dieser Rede die Idee der gemeinsamen nuklearen Abschreckung mit Verweisen auf Europa als »Wertegemeinschaft«:

»Nie zuvor war unsere nationale Sicherheit so eng mit der unserer Verbündeten und unserer europäischen Partner verbunden. Unser gemeinsames Schicksal ist das Schicksal der Europäischen Union und darüber hinaus aller Nationen, die unsere Werte teilen: Frieden, Freiheit, Brüderlichkeit sowie den Schutz der gleichen und unverletzlichen Würde des Menschen, ungeachtet seiner Herkunft, seines Glaubens oder seiner Hautfarbe.«

Auffällig ist, dass der Versuch, den fortdauernden Atomwaffenbesitz zu legitimieren, im Vergleich zu früheren Jahren noch erweitert wird. Nicht nur wird der Fortbestand der nuklearen Abschreckung gerechtfertigt als ein notwendiges Mittel zum Schutz des französischen Territoriums und der europäischen Nachbarn; er wird auch moralisch legitimiert, indem Europa als eine wohlwollende Gemeinschaft friedliebender, schützenswerter Demokratien dargestellt wird. Europas Atomwaffen erhalten auf diese Weise zusätzliche Legitimität als die »Waffen der Guten«.

## **Eine europäische Abschreckung für das 21. Jahrhundert?**

In den 15 Jahren, die seit dem ursprünglichen Vorschlag zur Schaffung einer konzertierten europäischen Abschreckung vergangen sind, hat es beachtliche Fortschritte in der Konstruktion der europäischen Sicherheitspolitik gegeben, so dass die Union heute institutionell in einer besseren Position wäre, die Idee in die Tat umzusetzen. Es existieren angemessene institutionelle Rahmenbedingungen, da die militärische Dimension der Union mit maßgeschneiderten Strukturen ausgestattet ist. Die permanente strukturierte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der ESDP könnte optionale Arrangements für eine Gruppe von Mitgliedstaaten erlauben – andere EU-Staaten müssten daran nicht teilnehmen, sondern der Idee nur zustimmen.

Doch die europäischen Anstrengungen, die Rolle der Union in Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten auszubauen, sind weiterhin eng geknüpft an die transatlantischen Beziehungen. Die Verabschiedung der EU-Strategie gegen die Proliferation von WMD im Jahr 2003 sym-

bolisierte diese Sorge: Die Strategie war vor allem ein Versuch, Europa und die USA mit einem gemeinsamen Ziel wiederzuvereinen und die bestehende transatlantische Sicherheitsarchitektur zu stärken. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, dass es lange tief greifenden Widerstand gegen eine tiefer gehende EU-Verteidigungsintegration gab, und dass das Sicherheitsbündnis mit den USA für viele europäische Staaten nach wie vor höchste Priorität genießt.

Doch auch wenn diese Zurückhaltung gegenüber einer vertieften Integration auf sicherheits- und verteidigungspolitischem Gebiet langsam zurückgehen mag und die verteidigungs- und sicherheitspolitische Integration auch institutionell immer weiter voranschreitet, so bleibt die *dissuasion concertée* nicht ratsam. Im Gegenteil – eine Vergemeinschaftung der französischen und britischen Arsenale würde in fundamentaler Weise die globale nukleare Ordnung untergraben: Der NPT basiert auf der grundlegenden Übereinkunft, dass die Nicht-Atomwaffenstaaten auf Atomwaffen verzichten und dafür im Gegenzug Zugang zu ziviler nuklearer Technologie erhalten und dass die Atomwaffenstaaten schließlich ihre Arsenale abrüsten. Angesichts fehlender Fortschritte bezüglich der Abrüstungsverpflichtung der Atomwaffenstaaten ist es umso dringender, dass nicht nur die bestehenden Arsenale deutlich verkleinert werden, sondern dass auch die Bedeutung von Atomwaffen in den Sicherheitsdoktrinen der Atomwaffenstaaten reduziert wird, wenn das NPT-Regime erhalten bleiben soll. Die Etablierung eines gemeinsamen europäischen Abschreckungsarrangements würde nicht nur den NPT weiter untergraben, sondern auch explizit dem ESDP-Ziel zuwiderlaufen, den Vertrag »um jeden Preis zu erhalten« (Michel 2005). Die Ergänzung oder Substitution der US-dominierten Abschreckung durch ein französisch-britisches Äquivalent würde unter den Nicht-Atomwaffenstaaten geradezu den Eindruck verstärken, dass die Atomwaffenstaaten nicht bereit sind, ihre Abrüstungsverpflichtungen einzuhalten. Zudem ist keine der Bedrohungen, die in der Sicherheitsstrategie aufgeführt sind – zerfallende Staaten, Terrorismus, Proliferation von WMD, organisierte Kriminalität und regionale Konflikte – wirksam mit Atomwaffen zu bewältigen. Bereits während des Kalten Krieges – in dem es scheinbar kaum Zweifel am Feindbild und der Bedrohungslage gab – stand die NATO vor tief greifenden Unstimmigkeiten, wann die nukleare Schwelle überschritten und der Einsatz von Atomwaffen befohlen werden sollte. Es ist schwer vorstellbar, dass heute innerhalb eines kollektiven, mit Atomwaffen ausgerüsteten europäischen Verteidigungsarrangements

mehr Einigkeit bestehen würde. Dies gilt umso mehr, als bereits die Verteidigungsstrategien Frankreichs und Großbritanniens heute eine große Bandbreite von möglichen Einsatzszenarien vorsehen.

## Schlussfolgerung

Auf dem Weg zu einer vollständig vergemeinschafteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht die Europäische Union vor einem Dilemma. Trotz der immer weiter voranschreitenden Integration kommt es innerhalb der Gemeinschaft nicht zu einer ernsthaften Debatte über die Zukunft der europäischen Atomwaffen. Die Konsequenz ist, dass das vehemente Eintreten der EU für die Einhaltung von Rüstungskontrollvereinbarungen den Anschein von Doppelmoral trägt. Solange Großbritannien und Frankreich weiterhin ihre Arsenale modernisieren und neue Einsatzdoktrinen entwickeln, fehlt es der Nichtverbreitungspolitik der EU an Glaubwürdigkeit. Dass die beiden europäischen Staaten ihren Besitz von Atomwaffen mit dem Verweis auf ihre (und Europas) wohlwollende Identität und ihr »verantwortungsbewusstes Handeln« zu rechtfertigen versuchen, lässt zudem vermuten, dass die Bereitschaft zur Abrüstung auch in Zukunft gering sein wird. Und während die EU heute möglicherweise institutionell in der Lage wäre, die französischen Vorschläge für eine gemeinsame Abschreckung umzusetzen, hätte solch ein Schritt doch gravierende Auswirkungen auf die internationale Sicherheit: Eine *dissuasion concertée* würde das internationale Nichtverbreitungsregime in seinen Grundfesten erschüttern und die Nichtproliferationspolitik der Union endgültig untergraben.

## Literatur

- BBC News (London), »Brown Move to cut UK Nuclear Subs«, 23. September 2009.
- Beckett, Margaret (2007): »A World Free of Nuclear Weapons?« Luncheon Keynote at the Carnegie Endowment for International Peace, Washington, D.C., 25. Juni 2007; <http://www.carnegieendowment.org/files/keynote.pdf> (aufgerufen am 10.6.2011).
- Boniface, Pascal (1996): »Dissuasion concertée: Le sens de la formule«, in: *Relations Internationales et Stratégiques*, 21, S. 101–106.
- British-French Declaration on Defence and Security Co-Operation, 2. November 2010; <http://www.number10.gov.uk/news/uk%E2%80%93france-summit-2010-declaration-on-defence-and-security-co-operation> (aufgerufen am 10.6.2011).

- British-French Joint Statement on Nuclear Cooperation, 30. Oktober 1995.
- Browne, Des (2008): »Laying the Foundations for Multilateral Disarmament«, Speech at the Geneva Conference on Disarmament, 5. Februar 2008; <http://www.mod.uk/DefenceInternet/AboutDefence/People/Speeches/Sofs/20080205Laying-TheFoundationsForMultilateralDisarmament.htm> (aufgerufen am 10.6.2011).
- Butler, Nicola et al. (1997): »Extending the Nuclear Umbrella: Undermining the Nuclear Non-Proliferation Treaty«, *BASIC Note*, London.
- Chirac, Jacques (1996): Rede vor dem Institut des Hautes Études de la Défense Nationale (IHEDN), 8. Juni 1996; <http://discours.vie-publique.fr/notices/967008500.html> (aufgerufen am 10.6.2011).
- (2006): Rede vor den Luft- und Seestreitkräften auf L'Île Longue, 19. Januar 2006; <http://www.ambafrance-uk.org/Speech-by-M-Jacques-Chirac,6771.html> (aufgerufen am 10.6.2011).
- COUNCIL DECISION 2010/212/CFSP relating to the position of the European Union for the 2010 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons; <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:090:0008:0014:EN:PDF> (aufgerufen am 10.6.2011).
- Défense et Sécurité nationale (2008): *Le Livre Blanc 2008*, Paris: Odile Jacob; <http://www.livreblancdefenseetsecurite.gouv.fr> (aufgerufen am 10.6.2011).
- Foreign and Commonwealth Office (2009): »Lifting the Nuclear Shadow: Creating the Conditions for Abolishing Nuclear Warheads«, Policy Information Paper, London.
- Giannella, Annalisa (2008a): »European Interests and Strategic Options. The EU and Global Governance: Rules, Power, Priorities«, Presentation at the EU-ISS Conference in Cooperation with the Istituto Affari Internazionali, Ministry of Foreign Affairs, Rome, 5.–6. Juni 2008; [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/08-06-06\\_EU-ISS\\_Rome.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/08-06-06_EU-ISS_Rome.pdf) (aufgerufen am 10.6.2011).
- (2008b): Intervention at the conference »Achieving the vision of a world free of nuclear weapons«, Presentation at the International Conference on Nuclear Disarmament, Oslo, 26. Februar 2008; [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/08\\_02\\_26\\_Oslo.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/08_02_26_Oslo.pdf) (aufgerufen am 10.6.2011).
- Gusterson, Hugh (1999): »Nuclear Weapons and the Other in the Western Imagination«, in: *Cultural Anthropology* 14:1, S. 111–143.
- Michel, Louis (2005): »The Non-Proliferation Treaty Must Be Preserved by All Means«, European Parliament plenary session, Straßburg, 8. März 2005.
- Ministry of Defence MoD (2006): »The Future of the United Kingdom's Nuclear Deterrent«, [http://www.mod.uk/nr/rdonlyres/acodd79-76d6-4fe3-91a1-6-a56b03c092f/0/defencewhitepaper2006\\_cm6994.pdf](http://www.mod.uk/nr/rdonlyres/acodd79-76d6-4fe3-91a1-6-a56b03c092f/0/defencewhitepaper2006_cm6994.pdf) (aufgerufen am 10.6.2011).
- Müller, Harald (1996): »L'Union européenne et la dissuasion nucléaire: évaluation critique«, in: *Relations Internationales et Stratégiques* 21, S. 107–111.
- Sarkozy, Nicolas (2008): Rede anlässlich der Vorstellung des atomgetriebenen U-Boots Le Terrible, Cherbourg, 21. März 2008; [http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/Sarkozy\\_cherbourg\\_desarmement.pdf](http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/Sarkozy_cherbourg_desarmement.pdf) (aufgerufen am 10.06.2011).
- Tertrais, Bruno (1999): Nuclear Policies in Europe. Adelphi Paper no. 327, International Institute for Strategic Studies, London.

Westerwelle, Guido (2011): Rede vor dem Deutschen Bundestag zum Jahresabrüstungsbericht 2010; <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2011/110408-BM-BT-Jahresabruestungsbericht.html> (aufgerufen am 10.6.2010).